Schweiz im Ersten Weltkrieg: Soziale Schichten und Konkordanz

Kapitel 6: Oltner Aktionskomitee

**Die mit dem Generalstreik verbundenen Forderungen**

|  |
| --- |
| 11.11. Generalstreik in Zürich; OAK ruft zu Generalstreik für 9 Forderungen auf |

Diesen Eintrag in der Übersicht über den Ablauf des Generalstreiks untersuchen wir noch etwas genauer. Um zu definieren, wofür die Arbeitenden im ganzen Land die Arbeit niederlegen sollen, formulierte das Oltener Aktionskomitee am 11. November 1918 im Streikaufruf nach einer pathetischen Schilderung neun Forderungen:

«An das arbeitende Volk der Schweiz!

[…] In der grossen Zeit, da im Auslande der demokratische und freiheitliche Gedanke triumphiert, in dem geschichtlichen Augenblick, da in bisher monarchischen Staaten Throne wanken und Kronen über die Strasse rollen, in dem feierlichen Moment, da die Völker Europas aus einer Nacht des Grauens und des Schreckens erwachen und selbsttätig ihre eigenen Geschicke schmieden, beeilt sich der Bundesrat, in der ältesten Demokratie Europas die wenigen Freiheiten des Landes zu erwürgen, den Belagerungszustand zu verhängen und das Volk unter die Fuchtel der Bajonette und die Maschinengewehre zu stellen. Eine solche Regierung beweist, dass sie unfähig ist, der Zeit und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. […]

Wir fordern die ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen. Wir fordern, dass die neue Regierung sich auf folgendes Minimalprogramm verpflichtet:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzes.

2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.

3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.

4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.

5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.

6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.

7. Alters- und Invalidenversicherung.

8. Staatsmonopole für Import und Export.

9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

Dieses Programm bedarf keiner weiteren Begründung. Es ist das Minimum dessen, was das werktätige Volk zu verlangen berechtigt ist.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass auf dem Wege von Verhandlungen wirksame Zugeständnisse von Behörden nicht zu erlangen sind. […] Das Volk muss sich selbst helfen, will es nicht weiterhin den Reichen und Mächtigen ausgeliefert bleiben. Aus diesem Grunde haben die unterzeichneten Organisationsleitungen einstimmig und nach reiflicher Erwägung der inneren und äusseren Lage die Verhängung des allgemeinen Landesstreikes beschlossen. Der Streik beginnt Montag, den 11. November 1918, nachts 12 Uhr.

Arbeiter, wir zählen auf Euch! Wir erwarten, dass Ihr unseren Kampf, der die arbeitenden Massen einer glücklichen Zukunft entgegenführen soll, mit restloser Hingabe unterstützt. Lange genug habt Ihr Euch von der herrschenden Klasse narren und mit Bettelbrocken abspeisen lassen. Nun muss die Langmut ein Ende nehmen. Jetzt habt Ihr in opfervollem Kampfe – wenn es nicht anders geht – für Eure Interessen einzustehen.»

Die berühmten neun Forderungen sind eigentlich zehn. Was bedeuten sie, welche wurden seither erfüllt, wie stehst du dazu? Füllt die Tabelle aus, soweit du darüber Bescheid weisst.

**Die zehn Forderungen des Generalstreiks**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Forderung | | Inhalt | Erfüllung | Meinung dazu |
| - | «ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung» |  |  |  |
| 1. | Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzes. |  |  |  |
| 2. | Aktives und passives Frauenwahlrecht. |  |  |  |
| 3. | Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. |  |  |  |
| 4. | Einführung der 48-Stun­den-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen. |  |  |  |
| 5. | Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres. |  |  |  |
| 6. | Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten. |  |  |  |
| 7. | Alters- und Invalidenversicherung. |  |  |  |
| 8. | Staatsmonopole für Import und Export. |  |  |  |
| 9. | Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden. |  |  |  |

**Lösung**

Die Erfüllung der Forderung kann der Klasse auch einfach mit einem Zeichen abgekürzt vermittelt werden.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Forderung | | Inhalt | Erfüllung | Meinung dazu |
| - | «ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung» | Neuwahl des Bundesrates mit einer Vertretung der Sozialdemokratischen Partei. | Bundespräsident Calonder stellte zwar Zugeständnisse in dieser Richtung in Aussicht; aber erst 1943 wurde mit Ernst Nobs ein Sozialdemokrat Bundesrat.[[1]](#footnote-1) |  |
| 1. | Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzes. | Proporzwahlrecht bedeutet die Vertretung auch der Minderheitsparteien[[2]](#footnote-2) | **Die Nationalratswahl wurde um ein Jahr auf 1919 vorgezogen** und brachte eine massive Stärkung der SP mit sich. |  |
| 2. | Aktives und passives Frauenwahlrecht. | Frauen sollen gleiche politische Rechte erhalten.[[3]](#footnote-3) | 1971 auf eidgenössischer, bis 1991 auf kantonaler Ebene erfüllt. |  |
| 3. | Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. | Alle sollten eine Arbeit übernehmen. | Nicht erfüllt, im Gegenteil, ein Recht auf Arbeit wurde abgelehnt. |  |
| 4. | Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen. | Die Arbeitszeit soll nicht mehr als 48 Stunden pro Woche betragen. | **1920 erfüllt,** heute meist 42-Stunden-Woche. |  |
| 5. | Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres. | Bestimmung der Offiziere nach Eignung, allgemeine Entschädigung der Soldaten | 2. Weltkrieg: Revision der Militärorganisation und Einführung des Erwerbsersatzes |  |
| 6. | Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten. | Regierung sorgt für ausreichend Lebensmittel | 1929 Gesetz über Versorgung mit Getreide, 1953 Landwirtschaftsgesetz – heute weitgehend der Marktwirtschaft überlassen |  |
| 7. | Alters- und Invalidenversicherung. | Versicherung gegen Verdienstausfall bei Alter und Invalidität | **1925 im Grundsatz beschlossen,** erst 1948 in Aktion |  |
| 8. | Staatsmonopole für Import und Export. | Staat übernimmt die Ein- und Ausfuhr | Heute dem Markt überlassen mit wenigen Ausnahmen (Kontingente, Exportrisikogarantie) |  |
| 9. | Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden. | Die Besitzenden sollen die Staatsschulden bezahlen. | Als kommunistische Enteignung nicht erfüllt, 1922 wurde eine entsprechende Initiative verworfen; aber die Krisenabgabe 1933 und die direkte Bundessteuer ab 1941 wurden progressiv gestaltet. |  |

1. Die erbittertste politische Gegnerin des Generalstreiks, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), erhielt bereits 1929 einen Bundesratssitz. [↑](#footnote-ref-1)
2. Das Proporzwahlrecht war bereits in der Volksabstimmung vom 13. Oktober 1918 angenommen worden, aber sollte erst bei der nächsten Nationalratswahl 1920 umgesetzt werden. [↑](#footnote-ref-2)
3. Möglicherweise war diese Forderung der einzigen Frau im Oltener Aktionskomitee, der im Herbst 1918 schon abgelösten Rosa Bloch-Bollag, zu verdanken. [↑](#footnote-ref-3)